

10. Ausblick

Während sich die ersten drei umschriebenen Praxisimplikationen vorrangig auf das Handeln der Fachkräfte beziehen, verweist der vierte Punkt neben fachlichen Anforderungen auf institutionelle, politische und gesellschaftliche Fragen, die es zu klären gilt. Die von Thiersch im Hinblick auf Heime benannten „neue[n] Formen eines lebensweltorientierten Lebens am anderen Ort in einer weniger institutionell strukturierten Alltäglichkeit“ braucht es auch für Mukis (2020, S. 178). Denn solange institutionelle, organisatorische und wirtschaftliche Aspekte den Alltag strukturieren, sind wie bereits beschrieben personenunabhängige Regeln richtungsleitend und nicht die Individualität und Autonomie der Beteiligten. Doch gerade Autonomie und Eigenwilligkeit sind zentral, wie Jurczyk et al. treffend formulieren: „Die Realisierung von Eigensinn und selbstbestimmter Entfaltung im Privaten ist schließlich das, was Individuen mit Familie verbinden.“ (2014, S. 27). Familienpolitische Programme und Maßnahmen müssen in diesem Sinne sowohl Raum für Autonomie als auch Unterstützungsmöglichkeiten in prekären Lebenslagen bieten (ebd.). Sowohl politische als auch institutionelle Entscheidungen sind dabei von der gesellschaftlichen Haltung geprägt. Für die Gesellschaft und insbesondere für mit Familien arbeitenden Fachkräfte stellen sich daher die Fragen: Sehen wir als Bürger:innen oder als pädagogische Fachkräfte Eltern als erste Kinderschützer:innen? Halten wir aus, dass das Recht von Kindern auf Schutz vor Gefährdungen ihres Wohls nicht gleichbedeutend ist mit „optimaler“ Erziehung? Kommen wir damit zurecht, dass Verän-

derungsprozesse Zeit brauchen und nicht linear aufwärts verlaufen?
Gelingt es uns – im Sinne des Zitats einer Biographin „**Ich** bin doch die Mutter“ – Kinder **mit**, statt *vor* ihren Eltern zu schützen?